Matthias Schneider
Stettiner Str. 6
67346 Speyer

Speyer, den 07.10.2018

An die Staatsministerin
Frau Anne Spiegel
Kaiser-Friedrich-Str. 5A

55116 Mainz

Bürgerbegehren gegen die dauerhafte Ansiedlung der Erstaufnahmeeinrichtung in Speyer
Ihr Aktenzeichen 78 711-00002/2018-039

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Spiegel,

von März bis Juni 2018 haben wir Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt, um den politisch maßgeblichen Kreisen zur Kenntnis zu bringen, dass eine nicht unerhebliche Zahl der Bürger mit der dauerhaften Ansiedlung der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Speyer nicht einverstanden ist. Da uns ein Termin zur Vorsprache in Ihrem Ministerium verwehrt wurde, möchten wir uns auf diesem Wege Gehör verschaffen.

Wir, d.h. die Initiatoren und Aktivisten des „Bürgerbegehren Speyer 2018“, ebenso wie die Unterzeichner halten die o.g. Entscheidung für dringend revisionsbedürftig, und zwar aus folgenden Gründen:

1. In der festen Überzeugung, dass das Konversionsgelände der Kurpfalzkasernen über das Erstzugriffsrecht der Stadt zur Verfügung stehen wird, wurde über mehrere Jahre ein Masterplan ausgearbeitet. Dieser fertige Plan, welcher die Aufwertung von Speyer-Nord hätte sichern sollen, würde durch die dauerhafte Einrichtung einer AfA zukünftig zunichte gemacht.
2. In der dynamischen Metropolregion Rhein-Neckar zentral gelegen, ist Speyer als Wohnort sehr beliebt. Leider ist es die kreisfreie Stadt mit der kleinsten Gemarkung, weshalb es insbesondere an bezahlbarem Wohnraum mangelt. Der Masterplan sah vor, auf dem Kasernengelände sowohl Wohnraum, als auch ein Gewerbegebiet zu schaffen, in das Betriebe umgesiedelt werden, die im Stadtzentrum gelegen, keine Wachstumsmöglichkeiten haben. So wäre auch zentrumsnah Wohnraum geschaffen worden.
3. Die Ablehnung der AfA ist insbesondere bei den direkt Betroffenen, d.h. bei Anwohnern in Speyer-Nord stark ausgeprägt. Das wurde bei der Informationsveranstaltung Anfang Februar deutlich und das konnten auch wir aufgrund zahlreicher Bürgerkontakte während unserer Sammeltätigkeit feststellen. Eine gewisse Akzeptanz mag früher bestanden haben, als man noch davon ausging, daß diese Einrichtung nur vorübergehend sei.

Die heutige, weit verbreitete Ablehnung hat im wesentlichen zwei Gründe:

Man befürchtet die Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit durch Zunahme der Kriminalität. Diese Sorgen bestehen zu recht und werden bestätigt durch die Ausschreitungen vom 3.9., als sich 40 Somalier zusammenrotteten und gewaltsam gegen die Sicherheitskräfte vorgehen.

Daß es sich dabei nicht um einen Einzelfall handelte, belegen ähnliche Vorkommnisse in Waldkraiburg, Ellwangen, Kempten und anderen Asylunterkünften. Die sonstigen Tötungs- und Gewaltdelikte durch Asylbegehrende sind in ihrer Brutalität und Häufigkeit hinlänglich bekannt, versetzen sie doch das gesamte Land regelmäßig in politischen Aufruhr.

Außerdem sind viele Bürger grundsätzlich nicht mehr bereit, die Opfer der als illegal und unrechtmäßig empfundenen Masseneinwanderung zu erbringen, bestehend aus Verschlechterung der Lebensqualität im Wohnumfeld, Verringerung der Sicherheit und Rückgang der Immobilienwerte.

4. Wir sind überzeugt, dass es eine geeignetere Liegenschaft für eine Erstaufnahmeeinrichtung gibt, als die Kurpfalzkasernen in Speyer. Immerhin wurden in Rheinland-Pfalz während der letzten Jahre 700 Militärflächen mit fast 14.000 Hektar Flächen freigegeben.

(s. Konversionsbericht 2014/2015 des Ministeriums des Innern und für Sport)

Am 25. Juni wurden die originalen Listen mit 3100 Unterschriften beim Oberbürgermeister der Stadt Speyer abgegeben. Die tatsächliche Zahl von Unterstützern, welche sich die Revision der besagten Entscheidung wünschen ist wesentlich größer, denn

- viele Bürger haben nicht unterschrieben, weil sie selbst oder ein Angehöriger bei der Stadt Speyer beschäftigt sind und Nachteile am Arbeitsplatz befürchten. Das in Umlauf befindliche Gerücht, wonach die Unterzeichner sogar mit einer Kündigung rechnen müssten, war unbegründet, hatte aber abschreckende Wirkung.
- in den drei Monaten unserer Sammeltätigkeit konnten wir aufgrund begrenzter personeller und finanzieller Möglichkeiten bei weitem nicht alle wahlberechtigten Speyerer erreichen.
- einige in Umlauf befindliche Unterschriftenlisten wurden nicht rechtzeitig an uns zurück gegeben.

Es ist uns ein basisdemokratisches Anliegen, den Speyerer Bürgern eine Stimme zu geben und bei den politischen Entscheidungsgremien Gehör zu verschaffen. Dazu gehört auch die Landesregierung und insbesondere Ihr Ministerium.

Uns ist durchaus bewußt, dass selbst wenn das Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene erfolgreich wäre, die Stadt Speyer alleine, ohne das Entgegenkommen der Landesregierung keine Revision herbeiführen könnte. Wir appellieren deshalb an die Regierenden in Stadt und Land, Verhandlungen aufzunehmen, bzw. diese zuzulassen, um eine zeitliche Begrenzung der Erstaufnahmeeinrichtung in Speyer herbeizuführen. Dass dies bei ausreichend Engagement seitens der Stadt und wohlwollender Haltung der Landesregierung möglich ist, zeigt das Beispiel der Stadt Bamberg, deren Oberbürgermeister (SPD) durch ebensolche Verhandlungen eine Befristung bis 2025 erwirken konnte.

Da auch Sie, Frau Staatsministerin, eine Bürgerin Speyers und Mutter mehrerer Kinder sind, sollten Sie sowohl für die Situation der Stadt, als auch für die Sorgen ihrer Mitbürger Verständnis haben und hoffen deshalb wir auf Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen,

Matthias Schneider
(Initiator und Sprecher)

Elke Tengler
(Stellvertreterin)

(Eine Kopie dieses Schreibens geht an den OB und die Stadträte der Stadt Speyer)